Wirtschaftsverband Gartenbau Norddeutschland e.V.

Teilnahmeantrag

VgV-Verhandlungsverfahren „Klimafeste Zierpflanzensortimente (KlimaZier)“

Zierpflanzensortimente der Zukunft
für Metropolen und urbane Räume,
***am Beispiel der* Metropole**
und der Metropolregion Hamburg

Verfahren:	Verhandlungsverfahren nach § 17 VgV
Vergabenummer:	868/26
Auftraggeber:	Wirtschaftsverband Gartenbau Norddeutschland Brennerhof 121, 22113 Hamburg
Leistungen:	Externe Dienstleistung zur Marktforschung, Konzepterstellung und Implementierungsunterstützung für ein EIP-Projekt zur Entwicklung nachhaltiger, klimaresilienter und biodiversitätsfördernder Zierpflanzensortimente und Wertschöpfungsketten im urbanen Raum__
Hinweise **(Das Nichtbefolgen der Hinweise kann zum Ausschluss der Bewerbung führen)**	1.) Bewerbergemeinschaften geben den Teilnahmeantrag mit allen Angaben gemeinsam ab. 2.) Änderungen an den vorgegebenen Texten der Bewerbungsmappe und an der Reihenfolge sind nicht zulässig. 3.) Die Nachweise sind in deutscher Sprache oder in beglaubigter deutscher Übersetzung zu erbringen. 4.) Alle Referenzen müssen sich auf Projekte innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) oder der Schweiz beziehen. 5.) Der Teilnahmeantrag ist an den hierfür vorgesehenen Stellen händisch oder in vergleichbar deutlicher elektronischer Weise zu kennzeichnen (Ankreuzungen, Eintragungen usw.) und an den vorgesehenen Stellen zudem eigenhändig zu unterschreiben und als Scan-Datei im pdf-Format einzureichen. 6.) Zu den Kriterien 1 und 6 und 8 sind in diesem Teilnahmeantrag jeweils Unterschriften nötig.

Aus Gründen besserer Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter (Beispiel: „Mitarbeiter“ = „Mitarbveiter w/m/d“)

Allgemeine Angaben des Bewerbers..... 4

1. Kriterium: Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Bewerbergemeinschaftserklärung“ …… 5
2. Kriterium: Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Lieferinteressen“ …… 8
3. Kriterium: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Bescheinigungen über berufliche Befähigung“ ……. 10
4. Kriterium: Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Ausschlussgründe nach § 124 GWB und weitere Ausschlussgründe …….. 12
5. Kriterium: Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Ausschlussgründe nach § 123 GWB“ …… 14

6. Kriterium: Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022“ …… 16
7. Kriterium: „Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Berufshaftpflichtversicherung“ …… 18
8. Kriterium: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit gem. bekanntgemachtem Eignungskriterium „Mindestlohn“ 20
9. Kriterium: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit gem. bekanntgemachtem Eignungskriterium „Jahresnettohonorarumsatz“ 21
10. Kriterium: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit gem. bekanntgemachtem Eignungskriterium „Jahresmitarbeiterzahl“ …… 23
11. Kriterium: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit gem. bekanntgemachtem Eignungskriterium „Referenzprojekte“…… 25
12. Kriterium: Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung wegen „Gestellung einer qualifizierten Person mit langjähriger beruflicher Erfahrung 28

Allgemeine Angaben des Bewerbers

Name des Bewerbers (bei Bewerbergemeinschaft: Name und Anschrift sämtlicher Mitglieder)	
Rechtsform:	
Name des bevollmächtigten Ansprechpartners des Bewerbers, bzw. der Bewerbergemeinschaft:	
PLZ und Ort:	
Straße mit Hausnummer:	
Mail-Adresse	

1. Kriterium:

Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Bewerbergemeinschaftserklärung“

Es liegt **eine Bewerbergemeinschaft** vor.

Bitte ankreuzen:

- o Ja
- o Nein

Falls „Ja“ angekreuzt:

Vom Bewerber wird eine „Bewerbergemeinschaftserklärung“ – auf anliegendem Vordruck – von allen Beteiligten im Original unterschrieben nach der folgenden Seite eingefügt.

Falls „Nein“ angekreuzt:

Vom Bewerber wird **keine** „Bewerbergemeinschaftserklärung“ eingefügt.

zu 1.:

mögliche

„Bewerbergemeinschaftserklärung“

nachfolgend einfügen

Hierauf müssen alle Mitglieder unterschreiben!

Erklärung der Bewerber-/Arbeitsgemeinschaft

(vom Bewerber auszufüllen)

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft,

Mitglied 1:

Mitglied 2:

Mitglied 3:

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter:

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft als Gesamtschuldner haften.

Der bevollmächtigte Vertreter **ist/ist nicht** (*Unzutreffendes bitte streichen*) bevollmächtigt, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren rechtsverbindlich zu vertreten.

(Ort) (Datum)	(Mitglied 1 Stempel und Unterschrift)
(Ort) (Datum)	(Mitglied 2 Stempel und Unterschrift)
(Ort) (Datum)	(Mitglied 3 Stempel und Unterschrift)

2. Kriterium:

Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Lieferinteressen“

Die zu erbringende Leistung erfolgt frei von Ausführungs- und Lieferinteressen nach § 73 Abs. 3 VgV

Bitte ankreuzen:

- o Ja
- o Nein

Falls nein, wird vom Bewerber eine „Erklärung über Ausführungs- und Lieferinteressen“ nach der folgenden Seite eingefügt, die die Art und den Umfang der bestehenden Ausführungs- und Lieferinteressen darlegen

zu 2.:

möglicher Nachweis zu

„Ausführungs- und Lieferinteressen“

nachfolgend einfügen

Legen Sie die Art und den Umfang der bestehenden Ausführungs- und Lieferinteressen dar.

3. Kriterium:

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Bescheinigungen über berufliche Befähigung“

Die Eignungsnachweise (in Kopie) betreffend die berufliche Befähigung nach § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV des Bewerbers (bei Bewerbergemeinschaften: ihrer Mitglieder) und der verantwortlichen Führungskräfte

z. B. durch Nachweis der Berufszulassung, Diplom-Urkunden, Studiennachweise oder sonstige Bescheinigungen über die fachliche Eignung/Qualifikationen

werden vom Bewerber nach der folgenden Seite eingefügt.

zu 3.:

Nachweise zur

„berufliche Befähigung“

nachfolgend einfügen

4. Kriterium:

Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Ausschlussgründe nach § 124 GWB und weitere Ausschlussgründe“

A. Es liegen <u>keine</u> Ausschlussgründe nach § 124 GWB vor.

Wir

1. haben nicht bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

Bitte ankreuzen: ○ Ja ○ Nein

2. sind nicht zahlungsunfähig, über unser Vermögen ist kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden, wir befinden uns nicht im Verfahren der Liquidation oder haben unsere Tätigkeiteingestellt,

Bitte ankreuzen: ○ Ja ○ Nein

3. haben im Rahmen unserer beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,

Bitte ankreuzen: ○ Ja ○ Nein

4. haben nicht Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

Bitte ankreuzen: ○ Ja ○ Nein

5. haben nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt, was zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat

Bitte ankreuzen: ○ Ja ○ Nein

B. Es liegen <u>keine</u> Ausschlussgründe nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz vor.

Bitte ankreuzen: ○ Ja ○ Nein

C. Es liegen <u>keine</u> Ausschlussgründe nach § 19 Mindestlohngesetz vor.

Bitte ankreuzen: ○ Ja ○ Nein

D. Es liegen <u>keine</u> Ausschlussgründe nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz vor.

Bitte ankreuzen: ○ Ja ○ Nein

Falls auch nur bei einem Punkt „Nein“, wird vom Bewerber ein „Aufklärungsschreiben“ nach der folgenden Seite eingefügt, in dem dargelegt wird, weshalb ein Ausschluss nicht gerechtfertigt wäre.

zu 4.:

mögliches „Aufklärungsschreiben zu § 124 GWB und weiteren Ausschlussgründen“

nachfolgend einfügen

Stellen Sie dar, warum trotz Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz, § 19 Mindestlohngesetz und/oder § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz ein Ausschluss nicht gerechtfertigt wäre

5. Kriterium:

Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Ausschlussgründe nach § 123 GWB“

Es liegen **keine** Ausschlussgründe nach § 123 GWB vor.

Wir erklären, dass keine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen gem. § 123 Abs. 3 GWB zuzurechnen ist, wegen folgender Gründe rechtskräftig verurteilt oder mit einer Geldbuße nach § 30 OWiG belegt worden ist:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),

4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),

7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Ferner erklären wir, dass nicht durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist.

Falls die Erklärung wahrheitsgemäß nicht abgegeben werden kann, ist vom Bewerber ein Aufklärungsschreiben nach der nachfolgenden Seite einzufügen, in dem dargelegt wird, warum die Erklärung nicht abgegeben werden kann und warum ein Ausschluss nicht gerechtfertigt wäre (z.B. auch Darlegungen und Nachweise zur „Selbstreinigung“ gem. § 125 GWB).

zu 5.:

Darlegung des Bewerbers

warum die Erklärung zum Kriterium 5 nicht abgegeben werden kann und warum ein Ausschluss nicht gerechtfertigt wäre (z.B. auch Darlegungen und Nachweise zur „Selbstreinigung“ gem. § 125 GWB)

nachfolgend einfügen

6. Kriterium: „Bezug zu Russland“

Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5ki Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022“

Ich/Wir erkläre(n):

1. Ich/Wir gehören nicht zu den

in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

(Datum und Unterschrift).....

**(Das Fehlen der Unterschrift kann zum Ausschluss führen.
Bei Bewerbergemeinschaften ist die Unterschrift des bevollmächtigten Vertreters ausreichend.)**

Der Text von Artikel 5ki Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022“ ist auf nachfolgender Seite wiedergegeben

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder

f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung – bis zum 10. Oktober 2022 – von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

7. Kriterium: „Berufshaftpflichtversicherung“

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Berufshaftpflichtversicherung“

Der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung in Kopie (nicht älter als 1 Jahr; bei Bewerbergemeinschaften für jedes Mitglied gesondert)

wird nach der folgenden Seite vom Bewerber eingefügt.

Hinweis:

Im Vertrag wird eine Haftpflichtversicherung über mindestens

€ 2.500.000,00 für Personenschäden und
€ 500.000,00 für Sach- und Vermögensschäden
mit einer Maximierung der Ersatzleistung in Höhe von mindestens dem Zweifachen der Versicherungssumme im Versicherungsjahr

gefordert werden.

zu 7.:

Nachweis

(bei Bewerbergemeinschaften für jedes Mitglied gesondert)

nachfolgend einfügen

8. Kriterium: „Mindestlohn“

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers
gem. der Auftragsbekanntmachung „Mindestlohn“
Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes
gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz

Öffentliche Aufträge über Bauleistungen und andere Dienstleistungen sowie Dienstleistungskonzessionen werden gemäß § 3 des Hamburgischen Vergabegesetzes (HmbVgG) nur an Auftragnehmer vergeben, die sich bei Angebotsabgabe schriftlich, per Telefax oder in Textform mithilfe elektronischer Mittel dazu verpflichten,

1. ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung dieser Leistungen ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den das Unternehmen auf Grund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist (§ 3 Abs. 1 HmbVgG). Entsprechendes gilt für die Beachtung des Tarifvertragsgesetzes, Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte.

2. ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) für die Ausführung der Leistung aber mindestens ein Entgelt nach § 1 Abs. 2 des Mindestlohngesetzes (MiLoG), in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen, soweit die Leistung im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird (§ 3 Abs. 2 HmbVgG).

3. im Fall der Arbeitnehmerüberlassung im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes dafür zu sorgen, dass die Verleiher den Leiharbeitnehmerinnen und Leiharbeitnehmern bei der Ausführung de Leistung das gleiche Arbeitsentgelt gewähren wie vergleichbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Entleihers (§ 3 Abs. 3 HmbVgG).

4. Soweit Leistungen auf Nachunternehmer übertragen werden, hat sich der Auftragnehmer zu verpflichten, den Nachunternehmern die Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns aufzuerlegen (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG).

Der Auftragnehmer / Anbieter erklärt hiermit:
Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns zur Einhaltung des Tarifvertragsgesetzes, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte.

1. Im Falle der Auftragsausführung durch Beschäftigte eines Verleihers veranlasse ich / veranlassen wir, dass der Verleiher seinen Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung das gleiche Arbeitsentgelt gewährt wie vergleichbaren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern meines / unseres Unternehmens.

2. Im Falle der Übertragung von Leistungen auf Nachunternehmer verpflichte ich mich / verpflichten wir uns, dem Nachunternehmer die Pflicht aufzuerlegen, seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) für die Ausführung der für diesen öffentlichen Auftrag erforderlichen Leistung mindestens eine Vergütung in Höhe des Entgelts nach § 1 Abs. 2 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) zu zahlen. Die Einhaltung dieser Vorgaben werden von mir / uns kontrolliert (§ 5 Abs. 4 Nr. 4 HmbVgG).

3. Ich habe / Wir haben die Bestimmungen des § 3 Abs. 2 HmbVgG in Verbindung mit dem MiLoG, sowie die möglichen Sanktionen gemäß § 11 HmbVgG bei schuldhafter Nichterfüllung der Verpflichtungen aus § 3 Abs. 2 HmbVgG in der jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen (Vertragsstrafe, sofern vereinbart; fristlose Kündigung des Vertrages oder Rücktritt vom Vertrag) und bestätige/n dies mit meiner / unserer Unterschrift.

Alternativ hierzu kann der Auftragnehmer erklären:
☐ Ich erkläre hiermit, dass ich keine Mitarbeiter beschäftige und daher nicht an das Mindestlohngesetz gebunden bin.

_____ _____

Ort, Datum Unterschrift

9. Kriterium:

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung „Jahresnettohonorarumsatz“

Hinweis:
Fehlende oder unklare Angaben können mit 0 Punkten bewertet werden.

Die Eigenerklärung nach 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV für die Jahre 2023, 2024 und 2025 über die jeweiligen Jahresnettohonorarumsätze für Tätigkeiten in den Bereichen qualitative und quantitative Sozialforschung, Literatur- und Marktanalyse, Zielgruppen- und Bedarfsanalyse, Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit, Konzeption und Durchführung von Workshopformaten – sämtlich im Gartenbau- und Agrarsektor - wird vom Bewerber nach der folgenden Seite eingefügt.

Erläuterung:

Die mitgeteilten Jahresnettohonorarumsätze werden addiert und durch die Zahl „3“ geteilt (gemittelter Jahresnettohonorarumsatz).
Mindestwert des gemittelter Jahresnettohonorarumsatzes: 400.000 €

Hinweis:

Erreicht der Bewerber diesen Mindestwert nicht, wird wegen fehlender Eignung ausgeschlossen

zu 9.:

Eigenerklärung über die

Jahresnettohonorarumsätze

nachfolgend einfügen

10. Kriterium:

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung

„Jahresmitarbeiterzahl“

Hinweis:
Fehlende oder unklare Angaben können mit 0 Punkten bewertet werden.

Die Eigenerklärung nach § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV für die Jahre 2023, 2024 und 2025 über die jeweils durchschnittliche Anzahl der fachlich Beschäftigten mit Hochschulabschluss der Agrarwissenschaften, Gartenbauwissensch a6en, Sozialwissenschaften oder einer vergleichbaren Fachrichtung im natur- oder geisteswissenschaftlichen Bereich (oder jeweils gleichwertige Ausbildung – Diplom, Master- oder Bachelor-Abschluss ist gleichwertig - jeweils: ohne freie Mitarbeiter) inkl. Führungskräfte wird vom Bewerber nach der folgenden Seite eingefügt.

Die fachlichen Beschäftigten inkl. Führungskräfte müssen über mindestens sechsjährige Berufserfahrung im Bereich der der Agrarwissenschaften, Gartenbauwissenschaften, Sozialwissenschaften oder einer vergleichbaren Fachrichtung im natur- oder geisteswissensch a6lichen Bereich aufweisen.

Erläuterung:

Die mitgeteilte Jahresmitarbeiterzahl wird addiert und durch die Zahl „3“ geteilt (gemittelte Jahresmitarbeiterzahl).

Erläuterung:

Mindestwert des gemittelte Jahresmitarbeiterzahl: **4**

Hinweis:

Erreicht der Bewerber diesen Mindestwert nicht, wird er wegen fehlender Eignung ausgeschlossen!

zu 10.:

Eigenerklärung über die

durchschnittliche Anzahl der fachlichen Beschäftigen (ohne freie Mitarbeiter) inkl. Führungskräfte

nachfolgend einfügen

11. Kriterium:

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung

„Referenzprojekte“

Hinweis:

1.) Die geforderte Referenzliste ist bei Bewerbergemeinschaften von dem Bewerber zu erbringen, der im Innenverhältnis für die vorstehende Leistung zuständig ist.
2.) Bei fehlenden oder unklaren Angaben behält sich die Vergabestelle vor, die jeweilige Referenz nicht zu werten.
3.) Die geforderte Referenzliste muss erkennbar für jedes Referenzprojekt

- die Darstellung der jeweiligen Aufgabe aus dem Bereich Gartenbau, Gartenbauwissenschaft, Stadtgrün, nachhaltige gartenbauliche Wertschöpfungsketten oder vergleichbaren Themenfeldern mit Tätigkeiten:
  - im Bereich der qualitativen und quantitativen empirischen Sozialforschung
  - der Moderationskompetenz bei strategischer Neuausrichtung
  - der Literatur- und Marktanalyse
  - der Zielgruppen- und Bedarfsanalyse
  - der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit
  - im Bereich der Konzeption und Durchführung von Workshop-Formaten
- den Zeitraum der Leistungsdauer
- Auftragswert netto
- den jeweiligen Auftraggeber und den dortigen Ansprechpartner mit Adressen und Telefonnummer

enthalten.

Es werden nur Referenzprojekte zugelassen,

- aus dem Bereich Gartenbau, Gartenbauwissenschaft, Stadtgrün, nachhaltige gartenbauliche Wertschöpfungsketten oder vergleichbaren Themenfeldern
- die mindestens eine der unter 3.) vorgenannten Tätigkeiten enthalten
- die vom Bewerber ganz oder teilweise in den Referenzjahren 2020 bis 2026 bearbeitet wurden.

Mindestanforderung: 3 Referenzprojekte im Referenzzeitraum 2020 bis 2026

Die Referenzliste inkl. Erklärungen für die Jahre 2019 bis 2025 für vergleichbare Leistungen wird vom Bewerber nach der folgenden Seite eingefügt

Erläuterung:	
Keine verwertbaren Angaben oder keine 3 Referenzprojekte	**= Ausschluss**
3 Referenzprojekte	= 1 Punkt
4 Referenzprojekte	= 2 Punkte
5 Referenzprojekte	= 3 Punkte
≥ 6 Referenzprojekte	= 4 Punkte

zu 11.:

Referenzliste und Erklärungen

nachfolgend einfügen

12. Kriterium:

Erklärung des Bewerbers gem. der Auftragsbekanntmachung

„Gestellung einer qualifizierten Person mit mindestens langjähriger beruflicher Erfahrung“

Die Eigenerklärung des Bewerbers (bzw. der Bewerbergemeinschaft), im Auftragsfall eine Person mit

- mit Hochschulabschluss der Agrarwissenschaften, Gartenbauwissenscha6en, Sozialwissenschaften oder einer vergleichbaren Fachrichtung im natur- oder geisteswissenschaftlichen Bereich
- mindestens 6-jähriger beruflicher Erfahrung

für die Dauer der Vertragsdurchführung zu stellen,

wird nach der folgenden Seite vom Bewerber eingefügt.

zu 12.:

Eigenerklärung zur
„Gestellung einer qualifizierten Person mit langjähriger beruflicher Erfahrung “

nachfolgend einfügen